

KOMMENTARE

Unionsfraktionschef

Merz geht ins Risiko

VON CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER



Mit Macht wurde er einst aus dem Amt gedrängt, mit Macht drängt er sich nun wieder rein. Und dazwischen liegen 20 Jahre. Es ist schon ein einzigartiges Comeback, das Friedrich Merz an der Spitze der Unionsfraktion hinlegt. Nun sichert er sich die beiden wichtigen Funktionen, die der wild zerrupften CDU noch bleiben: Parteichef und Oppositionsführer im Bundestag. Das ist machtpolitisch schlüssig, aber auch strategisch riskant.

Merz ist jetzt ohne Wenn und Aber die zentrale Figur der Union. Das heißt auch: Er wird mitverantwortlich gemacht für die folgenden Wahlergebnisse, ob er viel Einfluss drauf hat oder nicht. Bei den Landtagswahlen im März und Mai kann die CDU viel verlieren: den smarten Regenten des Saarlands, Tobias Hans, das schwarz-gelb regierte Riesen-Bundesland NRW unter Hendrik Wüst und den Norden mit Ministerpräsident Daniel Günther. In Umfragen wackeln sie alle, aus unterschiedlichen Gründen. Drei Niederlagen binnen sieben Wochen, und Merz hat das Etikett als Fehlstarter anheften, viele Medien werden sich lustvoll darauf stürzen.

Andersrum gilt aber auch: Dreht sich die Stimmung rechtzeitig, bleibt die CDU am Ruder, wird das auch Merz als Erfolg zugeschrieben. So oder so: Hasenfüßigkeit und merkelsche Abwärtstrends kann man ihm bisher nicht vorwerfen. nachrichten@fnp.de

KfW-Förderstopp

Die Regierung verspielt Vertrauen

VON JAN SCHLÜTER



Der Fördertopf ist leer, das Programm gestoppt. Für besonders energieeffizientes Bauen oder Sanieren gibt es vorerst keine Finanzhilfen mehr vom Bund. So weit, so schlecht.

Was war passiert? Ein von der Vorgängerregierung auf den Weg gebrachtes Förderprogramm für energetisches Bauen war extrem gut angenommen worden, bis das zur Verfügung gestellte Geld plötzlich aufgebraucht war. Zurück bleiben zigtausende frustrierte Hausbauer. Viele hatten sich mit der Aussicht auf die öffentliche Finanzspritze für teure Energiestandards beim Bauen und Sanieren entschieden.

Das ist das bekannte Leid mit Subventionen – der Fall der beendeten Bauhilfen hat aber auch eine parteipolitische Dimension, trifft es doch ausgerechnet den Grünen Robert Habeck, Bundesminister für Bauen und Klimaschutz. Da erwartet man zu Recht, dass schleunigst die Förderung fortgeführt wird. Zwar hat Habeck ein neues Förderprogramm in Aussicht gestellt, aber die Probleme haften ihm erst einmal an. Zu Recht spricht die oppositionelle Union von verlorenem Vertrauen.

Viele Bauvorhaben müssen jetzt neu geplant werden. Das kostet Geld und Zeit. Somit ist zu befürchten, dass die ehrgeizigen Ampel-Pläne im Wohnungsbau nicht erreicht werden. Denn mancher Bauwillige wartet nun ab, ob es nicht doch neue Fördermöglichkeiten geben wird. Das Hin und Her droht die Baukosten und am Ende auch die Mieten nach oben zu treiben. Habeck ist gut beraten, zügig zu handeln. Einmal mehr wird der smarte Grüne nun feststellen, dass der Ministersessel merklich unbequemer ist als die Oppositionsbank. nachrichten@fnp.de

JUGENDFREI

Einerlei, ob Juden oder nicht

Als ich während der 50er- und 60er-Jahre die Schule besuchte, kam die „Endlösung der Judenfrage“, wie man damals in unverändertem Nazijargon den Völkermord nannte, kaum zur Sprache. Damals lebten die meisten Täter noch. Eine Wende ergab sich, als Adolf Eichmann, ein Organisator des Holocausts, 1961 in Israel vor Gericht kam. Der SS-Offizier leugnete den Genozid nicht. 1963 begann in Frankfurt das Verfahren gegen untergeordnete Chargen der SS im Vernichtungslager Auschwitz. Jetzt konnte man die systematische Tötung von Juden und anderen nicht mehr abstreiten.

Heute gedenkt Deutschland des Völkermordes an den Juden Europas. Vor 80 Jahren vereinbarte eine Runde von Staatssekretären und SS-Offizieren am Berliner Wannsee den Ablauf des systematischen Völkermordes an den Juden, der bereits seit Juni 1941 mit dem Krieg gegen die Sowjetunion eingesetzt hatte. Jahre später, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee Auschwitz, wo weit mehr als eine Million Juden, sowjetische Kriegsgefangene, Sinti und Roma von der SS und ihren Helfern umgebracht worden waren. Im Bundestag fand aus diesem Anlass eine Feier statt, im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wurden Filme und Dokumentationen über die Schoah ausgestrahlt.

„Machen wir da nicht zu viel?“, fragte mich einst mein Freund Paul Spiegel, der ehemalige Präsident des Zentralrats der Juden. Ich verstand seine Erwägung. In den Nachkriegsjahren, als ein ehemaliger Nazi wie der Verfasser der antisemitischen NS-Gesetze, Hans Globke, das Bundeskanzleramt leitete und frühere Parteigenossen Schlüsselstellungen in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft innehatten, wurde versucht, die Verbrechen des Hitler-Regimes zu vertuschen. Dieses Verschweigen



Von Rafael Seligmann

wurde für das Weiterbestehen der Judenfeindschaft verantwortlich gemacht. Doch ab Ende der 60er-Jahre versuchten unbelastete Historiker, Pädagogen, Künstler, Journalisten, Politiker die Bevölkerung, insbesondere die Jugend, rückhaltlos über die Untaten der Nazis aufzuklären und die Verkommenheit des Antisemitismus zu entlarven. Doch auch dieses ehrliche Vorgehen zeigt wenig Erfolg. Seit einem Jahrzehnt nimmt die Judenfeindschaft in Europa und Nordamerika stetig zu. Juden werden angepöbeln, misshandelt, bedroht. In Schulen gilt „Jude“ wieder als Schimpfwort. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie wird die Seuche auf Demonstrationen und im Internet als jüdische Verschwörung dargestellt. Als Drahtzieher werden unter anderem die Bankiersfamilie Rothschild und Microsoft-Gründer Bill Gates, der indessen kein Jude ist, verleumdet.

Was soll man dagegen tun? Nicht resignieren! Aber auch nicht in der Vergangenheit bei den Verbrechen der Nazis verharren. Wir müssen uns mit der Gegenwart auseinandersetzen. Entscheidend bleibt das deutsch-jüdische Gespräch. Man muss sich kennenlernen. Die Politik Israels darf kritisiert werden. Aber wer den jüdischen Staat vernein will, entlarvt sich selbst. Warum eine Gesellschaft zerstören? Ein Antisemit ist ein Menschenfeind ebenso wie jeder, der anderen schaden will – einerlei, ob sie Juden sind oder nicht.



Warenannahme in der Ukraine

KARIKATUR: MOHR

Zwei-plus-Vier-Klausel als Vorbild?

ANALYSE Eine diplomatische Lösung der Ukraine-Krise ist nicht unmöglich

VON TIBOR PÉZSA

Zum Wesen einer Drohung gehört, dass sie glaubwürdig sein muss, sonst wäre sie keine. So ist es auch mit dem russischen Militäraufmarsch rund um die Ukraine. Die dort versammelte Feuerkraft ist so enorm, dass fürchtbare Erinnerungen wach werden: etwa an die in zwei Kriegen zerstörte tschetschenische Hauptstadt Grosny oder auch an die russischen Bombardements in Syrien.

In weiten Teilen Europas wirkt die Bereitschaft zu Militäreinsätzen zwar befremdlich, das ist sie aber nicht aus russischer Sicht. Die Botschaft Moskaus an den Westen ist unmissverständlich: Nehmt unsere Sicherheitsinteressen ernst. Kein weiteres Vordringen der Nato vor unserer Haustür. Aber auch: Erfüllung des Minsker Abkommens von 2015. Im Donbass setzte die Ukraine unlängst eine Kampfdrohung gegen die Sezessionisten ein. Seit 2014 rüsten die Amerikaner das Land auf. Die Drohnen kommen aus der Türkei.

Auf einer Veranstaltung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) am Donnerstag in Kassel deutete Reiner Schwalb, ehemaliger Militärattaché an der deutschen Botschaft in Moskau, den russischen Aufmarsch als Mittel zur Erzwingung von Verhandlungen.

Wenn es so ist, sind erste Erfolge aus russischer Sicht unübersehbar: Die Präsidenten Russlands und der USA sprechen auf Augenhöhe. Intensive Gespräche auf verschiedenen Ebenen wurden aufgenommen. Die Nato antwortete Moskau schriftlich. Bei genauem Hinschauen scheint sogar der größte Stolperstein ausräumbar, nämlich die russische Garantieforderung, dass die Ukraine kein Nato-Mitglied wird.

Verstöße das nicht gegen das unverhandelbare Selbstbestimmungsrecht der Völker? Ex-General Schwalb verweist auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990. Der sah in Artikel 5, Absatz 3, ausdrücklich vor, dass auf dem deutschen Beitrittsgebiet keine ausländischen Truppen, mithin auch keine Nato-Truppen stationiert würden. Eine ähnliche Zusage, so Schwalb, auch zeitlich befristet, könnte die Nato treffen. Sie ließe das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine unberührt. Moskau böte sich ein gesichtswahrender Ausweg aus der Krise.

Die USA bemühen sich zurzeit, ein Bild größtmöglicher Einigkeit des Westens zu vermitteln. So tat es am Dienstag auch der amerikanische Generalkonsul in Frankfurt, Norman Thatcher Scharpf, vor eigens zu diesem Zweck einladenden Journalisten. Doch die auffällige Zurückhaltung des Bundeskanzlers und die zögerliche



Modernste Waffentechnik: Ein ukrainischer Soldat mit einer NLaw-Panzerabwehrwaffe auf einem Truppenübungsplatz in der Westukraine. FOTO: DPA

deutsche Standortbestimmung in der Krise nähren Zweifel, ob sich die Bundesregierung allein schon selbst einig über ihre Sicht auf die Krise ist.

Für die deutsche Weigerung, der Ukraine Waffen zu liefern, sprechen weniger historische als praktische Gründe. Denn der Umgang mit Waffen muss gelehrt und trainiert werden, dafür fehlt jetzt schlicht die Zeit. Dass Deutschland aber auch ausländische Waffenlieferungen an die Ukraine blockiert, so etwa aus Estland, kontrastiert scharf mit dem Bild westlicher Einmütigkeit.

Die Lieferung von 5000 Helmen an Kiew statt der gewünschten 100 000 wirkt bizarr.

So zeichnet sich als erster Kollateralschaden der Krise ein dramatischer Verlust deutscher Glaubwürdigkeit unter den westlichen Partnern ab, vor allem in den USA. Der Politikberater und Experte für internationale Beziehungen, Dr. Marcel Dirsus, hält diesen Schaden bereits schon jetzt für massiv. Die Amerikaner, so Dirsus in der GSP-Runde am Donnerstag, sahen in Deutschland ein reiches, bequemes Land, das zwar vom Sicherheitsschirm

Putin will Garantien

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Freitag im Gespräch mit seinem französischen Kollegen Emmanuel Macron Moskaus Forderungen nach verbindlichen Garantien für die Sicherheit in Europa bekräftigt. Das teilte der Kreml nach dem Telefonat der beiden Staatschefs mit. Aus Paris hieß es, dass sich Macron und Putin über die Notwendigkeit einer Deeskalation im Ukraine-Konflikt verständigt hätten. Laut Kreml wies Putin darauf hin, dass das geforderte Ende der Ausdehnung der Nato noch nicht berücksichtigt worden sei. dpa

LESERMEINUNG

„Was sollen wir unseren Kindern an Grundwerten mitgeben?“

Der Missbrauchsskandal, die Ukraine-Krise, Energiepolitik und die Impfpflicht beschäftigen unsere Leserinnen und Leser

Innere dunkle Seite

Zu Missbrauchsskandal in katholischer Kirche/Ex-Papst Benedikt XVI.: Ich hätte da mal einige Fragen an den Vatikan, angesichts der Stellungnahme von Papst Benedikt XVI.: Was sollen wir zukünftig unseren Kindern an Grundwerten mitgeben? Woran sollen wir sie glauben lehren, in einer Welt, die langsam in Schutt und Asche liegt? Wem sollen sie folgen? Was sind zukünftig ihre Idole, an denen sie sich orientieren können, um einen anständigen und ehrlichen Lebensweg als Mensch zu gehen? Glauben Sie wirklich, es reicht aus, die Dialogbereitschaft eines Papstes mit Missbrauchsoffern (vielleicht längst aus einem schlechten Gewissen heraus) als Absolution anzuführen, um alles wieder unter einem jahrhundertalten Deckmantelchen zu halten? Es wird Zeit, dass jeder von Ihnen sich seiner inneren dunklen Seite stellt. Falls Sie dazu nicht bereit sind, dürfte es eines Tages sehr heiß werden!
Barbara Jansohn, Frankfurt

Der Russe lacht sich kaputt

Zu „5000 Helme für die Ukraine“: Deutschland schickt also 5000 Helme an die Ukraine und verbietet die Lieferung von Second-Hand-Kanonen aus Finn-

land. Ist das der „starke Beitrag“ unserer Regierung? Was passiert eigentlich im Bündnisfall, wenn Herr Putin die „unterdrückte russische Minderheit“ in den baltischen Nato-Staaten „befreien“ will? Besteht unser Beitrag dann im Liefern von Holzgewehren? Unsere Partner sind wie vor den Kopf gestoßen, und der Russe lacht sich kaputt. Man kann sich nur noch schämen. Aber überall immer schön den moralischen Zeigefinger heben.
Richard Tergau, Eppstein

Jetzt mal ein Lob

Zu Glossen/Karikaturen: Ich will ja nicht immer mokern, deshalb jetzt ein ausdrückliches Lob für die Glossen von Herrn Kluger. Pointiert, mal hart an der Grenze zur Ironie, aber immer gut. Genau wie die Karikaturen des Herrn Tomicek. Als alter Mediendesigner muss ich sagen, dass das Layout der Zeitung auch gut geraten ist.
Harry Dertinger, Usingen

Vorbild Frankreich

Zu Debatte um Energiepolitik in Deutschland und Frankreich: Frankreich ist für mich nicht nur wegen der Nutzung der Atomkraft als Schlüsseltechnologie auf dem Weg zur Klimaneutralität ein lobenswertes Beispiel. So

nämlich, wie die französische Regierung die Betriebsdauer ihrer beiden letzten Kohlekraftwerke kurzfristig bis Ende März mit Blick auf drohende Versorgungsengpässe verlängert hat, hätte ich mir eine befristete Aussetzung der zur Silvester verfügbaren Abschaltung von drei Kernkraftwerken in Deutschland gewünscht. Dies wäre ein Signal für eine flexible und zuverlässige Energiepolitik unserer neuen Bundesregierung gewesen – in Reaktion auf die gehäuften Insolvenzen kleinerer Stromanbieter, die die drastisch gestiegenen Großhandelspreise für Strom, im Dezember wegen des dünnen Angebots fünfmal so hoch wie ein Jahr zuvor, nicht länger haben schultern können und ihre Stromlieferungen haben einstellen müssen. (...)
Hans-Jürgen Reuling, Kelheim

Man redet sich schön

Zur neuen Bundesregierung: Die Erwartungshaltung war groß, denn man hat den Versprechungen der neuen Ampelkoalition vertraut, dass alles besser wird! Aber nichts hat sich getan, wir warten immer noch auf eine Reaktion der neuen Bundesregierung auf viele Fragen. Es explodieren die Strom- und Gas-

preise, Benzin, Heizöl und die Lebensmittelkosten gehen drastisch nach oben. Die aktuelle Inflationsrate (5,3 Prozent im Dezember 2021) hat eine Dimension erreicht, die wir seit über 30 Jahren nicht kannten! Es wird viel diskutiert, die Regierung überlässt anderen die Impfpflichtentscheidung und wird wohl nach Pandemieende beschlussfähig. Man redet sich nach wie vor in Talkshows schön, aber das Einzige, was vorangetrieben wird, ist der Versuch, utopische Klimaziele auf Kosten der Bürger zu erreichen! (...) Nach wie vor wird alles nur „ausgesessen“ und der Bürger seinem Schicksal überlassen und das in allen Lebensbereichen!
Wolfgang Lindner, Eschborn

Persönliche Abwägung

Zu Debatte um Impfpflicht: Als Wirtschaftswissenschaftler habe ich gelernt, dass viele Entscheidungen im Leben auf einer Abwägung von Risiken und Chancen beruhen. Kurz nach meiner Geburt wurde ich nicht gefragt, ob ich gegen die Pocken geimpft werden will. (...) Danach gab es die Reihenimpfung in den Schulen gegen Kinderlähmung. (...) Meine Frau und ich haben entschieden, dass unsere Tochter alle Impfungen bekommen soll.

Wir freuen uns über jeden Leserbrief. Wir behalten uns Kürzungen vor. Ihre Zuschriften senden Sie bitte an: leserbriefe@fnp.de

Dieter Kühn, Bad Vilbel

Wir freuen uns über jeden Leserbrief. Wir behalten uns Kürzungen vor. Ihre Zuschriften senden Sie bitte an: leserbriefe@fnp.de